

Ungeimpfte sollten an Gottesdiensten nicht teilnehmen

Corona-Regeln

Zu: „Weihnachtsmesse auch für Ungeimpfte?“ (TV, 20. Dezember):

Auch die Kirche hat eine Verantwortung, darauf hinzuweisen, dass Ungeimpfte eine Gefährdung aller, auch der anderen Ungeimpften, darstellen. Wenn ich einen Gottesdienst besuchen will, weiß ich nicht, wer neben mir steht, also werde ich wohl nicht hingehen können. Ungeimpfte sollten ausgeschlossen werden; es gibt digitale Möglichkeiten der Teilnahme. Wenn jemand sich so betrunken macht, dass er nicht mehr fahrtauglich ist, aber dann trotzdem Auto fährt, wird er „aus dem Verkehr“ gezogen und bestraft. Genau so müsste man mit Leuten verfahren, die sich aus freiem Willen nicht impfen lassen. Sie stellen eine Gefahr für alle anderen dar und dürfen am öffentlichen Leben – eben auch an Gottesdiensten – nicht teilnehmen.

Deswegen sind doch auch die Corona-Maßnahmen (2G-Regel usw.) und die Impfpflicht für bestimmte Einrichtungen zum Schutz aller (!) gerechtfertigt. Die Freiheit, sich impfen zu lassen oder nicht, hat damit nichts zu tun.

Wenn ein Busfahrer sich die Freiheit nimmt, über ein bestimmtes Maß hinaus Alkohol zu trinken, darf er nicht mehr Bus fahren, also seinen Beruf nicht mehr ausüben zum Schutz der anderen. Ein allgemeines Alkoholverbot wird das Problem nicht lösen. Das Recht, Alkohol zu trinken bleibt bestehen, der Busfahrer hat eine eigene Verantwortung, ob er weiterhin Alkohol konsumiert und damit seinen Beruf gefährdet oder nicht.

Ein Nichtbefolgen von entsprechenden Vorschriften, zum Beispiel bei Versammlungen (dazu gehören auch kirchliche Veranstaltungen), durch Ungeimpfte und damit die massive Gefährdung anderer sollte genauso bestraft werden wie alkoholisiertes Autofahren oder Busfahren oder auch das Überfahren einer roten Ampel. Selbst wenn jemand betrunken am Gottesdienst teilnimmt und andere stört, kann er vor die Tür gesetzt werden. Warum nicht Ungeimpfte?

Wer dann immer noch meint, sich die Freiheit nehmen zu können, sich nicht impfen zu lassen, muss eben alleine zu Hause bleiben und riskieren, womöglich noch seinen Job zu verlieren.

Elisabeth Minarski, Gutweiler

Die digitale Welt treibt tolle Blüten

Digitalisierung

Zu: „Neue Kontrollen: Gassi gehen nur mit Tüte“ (TV, 28. Dezember):

Mein Gott! Die digitale Welt treibt ja tolle Blüten. Da geht das digitale Lernen in der Schule seit Jahren nicht vorwärts, Ämter haben keine digitale Kompetenz, siehe Corona und Gesundheitsamt, Impfregister und noch tausend weitere „Leerläufe“. Aber ein DNA-Register für Sch...! So etwas wollen deutsche Kommunen nun auch einführen. Schmeißt das Geld doch gleich in die Mosel, dann sehen wir es wenigstens schwimmen!

Anita Becker, Trier

HINWEISE

Liebe Leserin, lieber Leser! Ihr Leserbrief sollte maximal 2400 Zeichen inklusive Leerzeichen lang sein. Wir behalten uns vor, sinnwahrend zu kürzen. Die Einsender sind damit einverstanden, dass ihr Name und der Wohnort in der Zeitung und im Internet auf volksfreund.de veröffentlicht und archiviert werden. Geben Sie neben Ihrer Adresse bitte zusätzlich eine Telefonnummer an (für eventuelle Rückfragen). So erreichen Sie uns: E-Mail: leserbriefe@volksfreund.de; Brief: Trierischer Volksfreund, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8, 54294 Trier



CORONA

Reicht ein Lockdown light?

Neue Regierung, neue Strategie im Kampf gegen Corona? Schaffen es Olaf Scholz und die Ampelkoalition, die Corona-Pandemie zu bezwingen? Reichen die Maßnahmen? Oder nimmt Scholz das Ganze zu leicht, wie es einer unserer Leserbriefschreiber sieht?

KARIKATUR: ROLAND GRUNDHEBER

Führungsstärke sieht anders aus

Olaf Scholz

Zum Leitartikel „Ein müder Scholz mit einem stumpfen Schwert“ (TV vom 23. Dezember):

Der treffenden Analyse im Leitartikel zur Pressekonferenz der Ministerpräsidentenrunde muss (leider) noch hinzugefügt werden, dass die Prioritätenliste von Bundeskanzler Scholz wohl dem Ernst der Lage in keiner Weise gerecht wird. Auf Platz 1 verkündet er mit sichtlich großer Freude und Engagement den politischen Erfolg und den Amtsantritt von Frau Giffey in Berlin, bevor er eine gefühlte Ewigkeit später dann doch zum Tagesgeschäft übergeht, um wenig überzeugend und recht unmotiviert altbekannte Standpunkte in Sachen „Pandemiebekämpfung“ zum Vortrage zu bringen.

Im Stile einer schlecht vorbereiteten Vorlesung, als sei er mit diesem außerordentlich wichtigen Themenfeld nicht allzu vertraut, liest er sodann die weiteren (weniger wichtigen?) Punkte auf seiner Prioritätenliste etwas holprig vom Blatt ab. Ich war sehr irritiert ob dieses Fehlverhaltens, das doch sehr an Herrn Laschets Auftritt im Ahrtal erinnerte. Führungsstärke sieht anders aus und wäre doch so leicht, angesichts eines 19:0-Votums des Expertenrats und der eindringlichen Warnungen des RKI-Chefs, dem mittlerweile der Kragen zu platzen scheint ob der Naivität unserer politischen Entscheidungsträger. Ich hatte mir ein konsequente-

res und der Gefahrenlage entsprechendes Auftreten gewünscht. Positiv optimistisch stimmt nur, dass die Bevölkerung wohl zunehmend auf die Ratschläge der Experten zu achten scheint, wohl wissend, dass seitens der Politik, obwohl ausgestattet mit einer zweijährigen Pandemie-Erfahrung, dennoch nicht allzu viel erwartet werden kann.

Werner Bieck, Wiltingen

WWW

Diese und weitere Leserbriefe finden Sie im Internet unter volksfreund.de

Als hätten deutsche Gerichte nichts Besseres zu tun ...

Raser-Urteil

Zum Artikel „Urteil: Raser muss kein Bußgeld zahlen“ (TV vom 22. Dezember):

Verbraucher sollten im Rahmen der Kontrolle ihrer Rechnungsstellung die Möglichkeit bekommen, alle vorhandenen Wartungs- und Instandsetzungsunterlagen der Messgeräte (Gas-, Strom- und Wasserzähler) kontrollieren zu können. Des Weiteren sollte das Personal, welches zum Ablesen kommt, mindestens ein Grundschulzeugnis vorlegen. Man muss ja wissen, ob die Mitarbeiter auch lesen und schreiben können. Alle Maschinen und Kraftfahrzeuge, bei denen die turnusmäßig durchzuführende Wartung fehlt, sind so-

fort vorübergehend stillzulegen. Beim Personal, das für den Betrieb der Geschwindigkeitsmessanlagen verantwortlich ist, sind natürlich auch alle erforderlichen Unterlagen, die Sach- und Fachkunde dokumentieren, vorzulegen, am besten beginnend bei der Geburtsurkunde. Zynismus aus! Langsam nimmt es lächerliche Züge an, mit welchen Winkelzügen versucht wird, Schnelfahrer vor Bußgeld, Punkten oder Fahrverboten zu bewahren. Als hätten deutsche Gerichte nichts Besseres zu tun. Für die freie Fahrt geht man auch mal durch alle Instanzen.

Jürgen Teusch, Wittlich

Wieso ist der Vorsitzende des U-Ausschusses ein SPD-Mann?

Flutkatastrophe

Zum Artikel: „U-Ausschuss nimmt Ahrtal in Augenschein“ (TV vom 21. Dezember):

Wie einfallreich (oder einfalllos) muss die Politik eigentlich noch werden? Wir kennen doch alle den geflügelten Spruch: „Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründ' ich einen Arbeitskreis“. Dieser Spruch lässt sich auch beliebig erweitern, um Beispiel: „Wenn ich einen (Schuldigen) finden muss, gründ' ich einen U-Ausschuss“. Beispiele davon gibt es zur Genüge.

Okay, der Arbeitskreis steht ja gewissermaßen unter Zeitdruck, denn er muss Lösungen erarbeiten, bevor andere ihm zuvorkommen, zum Beispiel ein Produkt schneller am Markt haben, ein Projekt durchzusetzen oder Liefertermine zu optimieren. Anders der Untersuchungsausschuss: Der muss ja erst mal untersuchen, worum es eigentlich geht (daher der Name), und dann festlegen, wer mit was und weshalb beauftragt wird. Das dauert halt. Er hat natürlich den Vor-

teil, das dass, was er untersuchen soll, sich in der Zwischenzeit ganz anders entwickelt oder darstellen könnte. So auch im Ahrtal. Da kommen nach sage und schreibe einem halben Jahr hochbezahlte Politiker in die Region, um sich „ein Bild von den Zerstörungen“ zu machen. Wie bitte? Die Zerstörungen sind vielfach durch Tausende Helfer, dem persönlichen Einsatz der Bewohner und durch enorme Sach- und Geldspenden soweit gemildert worden, dass die Lage einigermaßen erträglich

scheint. Und mit diesen Eindrücken kehrt der U-Ausschuss zurück, relativiert die Erkenntnisse und stellt womöglich fest, dass alles nicht so gravierend war, um daraus mögliches Fehlverhalten eigener (Partei-)Freunde ableiten zu können. (Ein Schelm, der Böses dabei denkt). In diesem Zusammenhang: Im zitierten Artikel gilt ein U-Ausschuss als „schärfstes Schwert der Opposition“. Soweit mir bekannt ist, besteht die Opposition in Rheinland-Pfalz aus CDU, Linken und

weiteren Parteien. Wieso ist der Vorsitzende des U-Ausschusses dann ein SPD-Mann, also ein Regierungsmitglied? Da kommen mir doch Parallelen zu diversen U-Ausschüssen im Zusammenhang mit den Missbrauchsvorwürfen in der Katholischen Kirche in Erinnerung. Die waren doch auch alle Kirchenmitglieder. Aber das ist ein anderes Thema.

Heribert Hanck, Trier

Für diese Kirche hat Jesus sich nicht ans Kreuz nageln lassen

Kirche

Zu: „Ackermann: Kirche braucht mehr als einen Missbrauchsbeauftragten“ (TV, 16. Dezember):

Kürzlich war Weihnachten, die Christen feierten die Geburt Jesu. Doch was ist in seiner Kirche los? Missbrauch durch Priester, Diskriminierung von Frauen, Homosexueller, Wiederverheirateter und Anderskonfessioneller. Es gipfelt im Vertuschen der Missbrauchstaten, Schützen der Täter und Belassen im Amt, Schützen der Vertuscher durch den Papst und Alleinlassen der Opfer. Dafür wurde Jesus nicht

geboren, und dafür hat Gott seinen Sohn nicht in die Welt gesandt. Wegen der Missstände in der Kirche treten viele unbescholtene Katholiken aus. Wenn den Bischöfen wirklich so viel an der Reputation der Kirche liegen würde, würden diejenigen mit Dreck am Stecken ihren Hut nehmen, die Täter mitnehmen und aus der Kirche austreten. Das würde zeigen, wie ernst sie es mit ihrer Sorge um die Reputation der Kirche meinen. Es hätte nicht nur eine positive Wirkung für die Kirche, sondern einen entscheidenden Vorteil: Der Papst könn-

te sie nicht mehr im Amt belassen. Leicht ist es, diesem den Rücktritt anzubieten – mit dem Wissen, dass er sie nicht fallen lässt. Deshalb machen die Kirchenführer weiter wie bisher. Auch Bischof Ackermann lehnt seinen Rücktritt im Interview kategorisch ab. Das eigene Vertuschen der Missbrauchsfälle öffentlich zuzugeben, ist aus meiner Sicht längst überfällig. Im Interview hatte er nicht den Mut dazu und hat nur von „man“ gesprochen. Das Verschleppen der Aufarbeitung gesteht er auch nur, indem er es verharmlost: „Ich bin

überzeugt, dass wir nicht ein besonders schlimmes Beispiel dafür sind, wie man Aufarbeitung verschleppt“. Diese Skandalworte retraumatisieren die Opfer. Gleichzeitig haut er seine Bischofskollegen in die Pfanne, denn indirekt drückt er aus, dass in allen anderen Bistümern wohl noch eine viel schlimmere Verschleppung stattfindet. Ist das eines Bischofs würdig? Interessant ist, wie der Satz von ihm beendet wird: „sondern dass wir das wirklich konsequent betreiben, nach den festgelegten Kriterien“. Er wird vielleicht behaupten,

dass er das so nicht sagen wollte. Ein „Freud'scher Versprecher“ zeigt die Wahrheit. Vielleicht hat der Heilige Geist ihm diese Worte in den Mund gelegt, damit es endlich Konsequenzen gibt. Das Haus des Herrn darf nicht länger eine Räuberhöhle sein. Da reicht kein einzelner Rücktritt eines Bischofs mehr. Für diese Kirche hat Jesus sich nicht ans Kreuz nageln lassen.

Heinz Eiden, Prümzurlay

Produktion dieser Seite: Ulrike Löhnertz